

CONV 192/02

WG VI 8

ZUSAMMENFASSENER BERICHT

des	Sekretariats
für	die Gruppe VI "Ordnungspolitik"
<u>Betr.:</u>	Ergebnisse der Sitzung vom 10. Juli 2002

Beratungsergebnisse

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden

- Der Vorsitzende verwies auf den nach der letzten Sitzung verteilten Entwurf von Elementen für Schlussfolgerungen. Dieser Entwurf solle von der Gruppe geprüft werden, sobald die Erörterungen über alle Bestandteile des Mandats abgeschlossen seien.

2. Erörterung von Themenbereich 7 des Mandats der Gruppe (CONV 76/02)

- Die Wortmeldungen der Gruppenmitglieder bestätigten, dass größere Änderungen der derzeitigen Strukturen keine Unterstützung finden. Einige Mitglieder waren der Ansicht, dass die offene Koordinierung gut funktioniere und weiter gehende Schritte in Form eines normativen Ansatzes nicht erforderlich seien. Andere Mitglieder plädierten für eine Stärkung des Prozesses, und es wurde anhand einiger Vorschläge dargelegt, wie dies erreicht werden könnte. Einige Mitglieder waren der Meinung, dass die Rolle der Kommission im Rahmen des offenen Koordinierungsprozesses gestärkt und näher bestimmt werden sollte (insbesondere bei der Umsetzung und der Überwachung); gleichzeitig sollte die Rolle des Europäischen Parlaments erweitert werden. Andere Mitglieder vertraten die Ansicht, dass die Wirksamkeit des Prozesses selbst durch die Einführung von verbindlichen sanktionsbewehrten Kriterien gesteigert werden sollte. Mehrere Mitglieder wiesen auf die Notwendigkeit hin, für eine stärkere Unterstützung des Prozesses durch die Öffentlichkeit und die nationalen Parlamente zu sorgen. Einige Mitglieder waren der Meinung, dass die beratende Rolle der Sozialpartner gestärkt und offiziell im Vertrag verankert werden müsse.

- Der Vorsitzende stellte abschließend fest, dass zwar keine grundlegende Veränderung des derzeitigen Systems gefordert wird, aber einige Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit des Systems unterbreitet wurden.

3. Erörterung von Themenbereich 8 des Mandats der Gruppe

- Mehrere der unter dem vorangehenden Tagesordnungspunkt angesprochenen Aspekte wurden im Rahmen dieses Punkts eingehender erörtert. Einige Mitglieder hielten es für wünschenswert, den Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordinierung durch die umfassende Einbeziehung der sozial- und beschäftigungspolitischen Ziele zu erweitern. Andere Mitglieder sprachen sich gegen diese Einbeziehung aus. Mehrere Mitglieder befürworteten unter Hinweis auf die zwischen den Themen bestehende Verknüpfung einen integrierten Ansatz, warnten jedoch gleichzeitig vor einer zu strengen Reglementierung. Es wurde vorgeschlagen, die Methode der offenen Koordinierung im Vertrag zu verankern, und es wurde als erforderlich erachtet, die verschiedenen Koordinierungsprozesse synchroner zu gestalten. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass einige Aspekte bereits in den Verträgen berücksichtigt seien und dass sich die Gruppe Klarheit über die geltenden Vorschriften verschaffen müsse, bevor sie konkrete Schlussfolgerungen ziehen könne.

4. Erörterung von Themenbereich 9 des Mandats der Gruppe

Die meisten Mitglieder der Gruppe hielten es nicht für erforderlich, die geltenden Vorschriften zur Harmonisierung der Steuern auszuweiten. Einige Mitglieder stimmten jedoch darin überein, dass die Beschlussfassungsverfahren dahin gehend geändert werden sollten, dass mehr Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit in Verbindung mit dem Mitentscheidungsverfahren gefasst werden können. Andere Mitglieder waren der Ansicht, dass das Argument der demokratischen Legitimität auf nationaler Ebene für die Beibehaltung der Einstimmigkeit spreche. Einige Mitglieder sprachen sich dafür aus, bestimmte Bereiche (insbesondere binnenmarktrelevante) der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit zu unterwerfen. Der Vorsitzende stellte abschließend fest, dass keine zusätzlichen Vorschriften in diesem Bereich gefordert werden (er verwies auf die Artikel 93, 94 und 175 des Vertrags), während die Frage, in welchem Umfang die derzeitigen Verfahren zugunsten der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit geändert werden sollen, offen ist.

5. Erörterung von Themenbereich 10 des Mandats

Die Empfehlungen des Lamfalussy-Berichts und der Beschluss, sie umzusetzen, fanden innerhalb der Gruppe breite Zustimmung. Es wurde einvernehmlich festgestellt, dass es Zeit braucht, bis eine detaillierte Beurteilung (und etwaige weitere Empfehlungen) abgegeben werden kann. Gleichzeitig wurde jedoch festgestellt, dass dieses Thema die allgemeinere Frage der Umsetzung von Rechtsvorschriften (und insbesondere die Rolle des EP) berührt, die über das Mandat der Gruppe hinausreicht.

6. Tagesordnung für die nächste Sitzung

Der Vorsitzende schlug vor, sich in der Sitzung am 17. Juli mit den verbleibenden drei Themenbereichen des Mandats der Gruppe zu befassen und die Elemente für Schlussfolgerungen zu den bereits erörterten Themenbereichen zu prüfen. Nach einer kurzen Aussprache über Personen, die zu Anhörungen eingeladen werden könnten, wurde vereinbart, dass der Vorsitzende/das Sekretariat diese Frage weiterverfolgen und nach Möglichkeit in der nächsten Sitzung konkrete Vorschläge für Anhörungstermine nach der Sommerpause unterbreiten.
